

Info-Brief der Frauen Union Nordbaden



Liebe Frauen,

das Jahr 2012 steht für die CDU Baden-Württemberg ganz im Zeichen der Frau. Ein Teil davon ist das Landesprojekt „Frauen im Fokus“. Ziel dieses Projektes war es, verstärkt die

Meinung der Baden-Württemberger zu politischen Themen zu sammeln. Die Befragungsphase, bei der zahlreiche Telefon-, Online- und Straßenbefragungen durchgeführt wurden, ist nun abgeschlossen. Die Resonanz war überwältigend. Insgesamt haben sich mehr als 3000 Menschen mit den Fragen der CDU auseinandergesetzt. Mit diesem eindrucksvollen Ergebnis sind wir mehr als zufrieden. Das zeigt, dass wir mit „Frauen im Fokus“ den Nerv der Zeit getroffen haben. Die Ergebnisse der Befragung werden nun gemeinsam mit Professor Gabriel von der Universität Stuttgart ausgewertet und für die CDU nutzbar

gemacht. Von Nordbaden ausgehend haben wir diese erfolgreiche Initiative im CDU-Landesverband gestartet. Jetzt muss das Ziel sein, den Dialog nicht abreißen zu lassen und ihn weiterhin zu pflegen. Gleichzeitig gilt es, die richtigen Schlüsse aus den Befragungen zu ziehen. Nur so können wir Frauen verstärkt für unsere politischen Themen begeistern und sie für die CDU gewinnen.

Katrin Schütz

Landesdelegiertentag am 15. September 2012 in Karlsruhe, Themen: Medien und Gesellschaft/ Altersarmut

Zum diesjährigen Landesdelegiertentag am 15.09.2012 sind alle Delegierten im FU-Bezirksverband Nordbaden im Namen der Bezirksvorsitzenden Katrin Schütz MdL recht herzlich eingeladen. Der Landesdelegiertentag der FU Baden-

Württemberg 2012 in Karlsruhe wird sich mit Rollenbildern in Medien und Gesellschaft befassen. Ein weiterer thematischer Schwerpunkt soll durch einen Leitartikel zum Thema Altersarmut gesetzt werden. Bitte notieren Sie sich den Termin und ge-

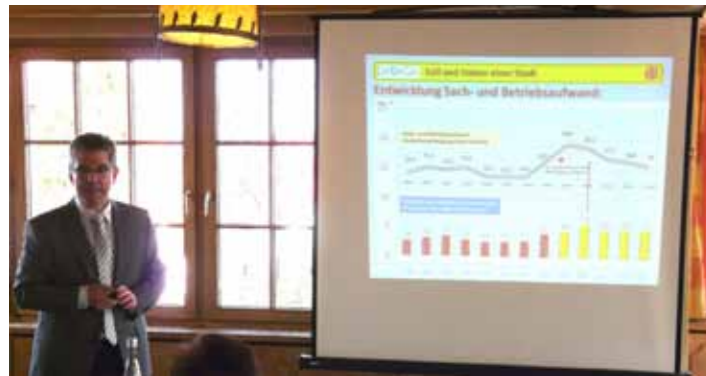
ben Sie diesen an Ihre Kreisvorstandsmitglieder und die Delegierten vor Ort weiter.

Terminankündigung:
Landeslegiertentag am Samstag, 15.09.2012 in Karlsruhe

Klausurtagung der FU Nordbaden 2012 Virtuelle Akademie der Frauen Union vorgestellt

Wie auch in den letzten Jahren trafen sich auch wieder im März die Damen der FU Nordbaden zu ihrer diesjährigen Bezirksvorstandsklausur, um über aktuelle politische Entwicklungen zu sprechen, Arbeitsschwerpunkte zu entwickeln und interessante Gespräche und Diskussionen miteinander und mit den Referentinnen und Referenten zu führen: Im Zentrum der Klausurtagung

standen in diesem Jahr zwei Vorträge, zum einen der von Referentin Dagmar Czaja zum Thema „Bürgeraufstand Pro Gymnasium in Hamburg“ sowie der Vortrag „Finanzen und die Herausforderungen der Kommunen“ von Prof. Dr. Notheis, Präsident der Gemeindeprüfungsanstalt. Die Tagung endete mit einem Workshop zum Thema Verhandlungsmanagement.



Bezirksdelegiertentag der FU Nordbaden 2012

Unter dem Motto „Frauen sind anders“ diskutierten am Wochenende die Delegierten der Frauen Union Nordbaden darüber, wie die besonderen Bedürfnisse der Frauen in der Gesundheitspolitik berücksichtigt werden können. „Familie, Beruf und Engagement – Frauen sind vielfältigen Belastungen ausgesetzt, die wir in der Gesundheitspolitik berücksichtigen müssen“, erklärt Katrin Schütz MdL,

Bezirksvorsitzende der FU Nordbaden. Deshalb hatten sich die Unions-Frauen kompetente Referenten zu ihrer Tagung eingeladen. Chefarzt Dr. med. Harald Genzwürker von den Neckar-Odenwald-Kliniken referierte über das Spannungsfeld zwischen „Medizin und Menschlichkeit“ bei der Organspende. Dabei entscheidet die Frage nach einem Spenderorgan nicht selten über Leben

und Tod, aber auch die Lebensqualität steht oft auf dem Spiel. Sein Kollege Chefarzt Dr. med. Klaus Hahnfeldt stellte seinen Beitrag unter die Überschrift „Gesundheit ist weiblich!“. Dabei ging es auch um die Frage, wie Krebs und Brustkrebs rechtzeitig erkannt und bekämpft werden kann. Als politischer Stargast aus Berlin war die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister

für Gesundheit, Annette Widmann-Mauz MdB nach Mosbach gekommen. „In Zeiten des Fachkräftemangels und der demographischen Probleme müssen wir noch viel stärker auf die Gesundheit der Frauen eingehen, damit sie ein gesundes und glückliches Leben in Familie und Beruf führen können“, so Bezirksvorsitzende Katrin Schütz MdL abschließend.

Frauen Union Mannheim: Elektromobilität

„Ist Mannheim fit für die Elektromobilität?“ war das Thema der gemeinsamen energiepolitischen Veranstaltung von Junger Union, Mittelstandsvereinigung und Frauen Union, vertreten durch die Kreisvorsitzenden Katharina-Sarah Dörr, Wolfgang Taubert und Gabriele Fleck. Über sechzig Gäste hatten an einem sommerlichen Abend im Mai den Weg zur Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik gefunden, um den Ausführungen von Andreas Jung MdB (Konstanz), Matthias Wörner (MVV Energie AG) und Oliver Decken (Umweltforum Mannheim) zur Zukunft der Mobilität zu lauschen.

Durch die stadtweit gehängten Plakate auf die Veranstaltung aufmerksam geworden, stieß kurzfristig auch noch Stefan Auer, gärtnerischer Leiter des Luisenparks, zur Diskussionsrunde hinzu und berichtete von der aktuellen Umstellung der Fahrzeugflotte des

Luisenparks auf Elektroautos. Während man durch die Medien häufig mit Elektromobilität konfrontiert wird, es Schaulustig Elektromobilität, den Cluster Elektromobilität, einen Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität und vieles mehr gibt, sind Elektroautos auf den Straßen noch eher die Ausnahme.

Vor allem die hohen Kosten für die Akkus sowie die noch nicht ausreichende Reichweite stellen sich bei der Umstellung auf Elektromobilität als Hemmnis dar. Ob das ehrgeizige Ziel der Bundesregierung, bis 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf deutsche Straßen zu bringen und Leitmarkt für Elektromobilität zu werden, erreicht werden kann, ist noch nicht klar. Gerade vor dem Hintergrund deutlich höherer Fördervolumina in Frankreich, China oder den USA gestaltet sich das Unterfangen als nicht einfach. Wenn es um das Thema Elektromobilität

geht, wird auch meist vergessen, dass die Eisenbahn schon seit über 100 Jahren elektrisch fährt und nur vom Auto gesprochen wird. Die Bahn profitierte von den von der Bundesregierung finanzierten Forschungsprojekten bisher jedoch in keiner Weise. Eine Entscheidung, die es zu überdenken gilt. Es gab jedoch schon erste Erfolge. Vor drei Jahren hat Mannheim gemeinsam mit dem Landkreis Harz den Wettbewerb „Intelligente Netze, erneuerbare Energien und Elektromobilität“ des Bundesumweltministeriums gewonnen und wurde

Modellregion. Die SAP hat im Rahmen des Projekts ihre Fahrzeugflotte um Elektrofahrzeuge erweitert und der Strom für die sogenannte „Future Fleet“ wurde komplett aus erneuerbaren Energien bereitgestellt und vom Projektpartner MVV Energie geliefert. Optimistischer waren die Teilnehmer, was Carsharing-Konzepte mit Elektroautos in Mannheim angeht. Man darf also gespannt sein, ob es sich bei Elektrofahrzeugen auf lange Sicht um ein Nischenprodukt handeln oder ob es unsere Mobilität entscheidend verändern wird.



Gerhard Stratthaus bei der FU Karlsruhe Land zu Gast

Wenn der ehemalige Landesfinanzminister Gerhard Stratthaus über die europäische Finanzkrise spricht, hört man aufmerksam zu. Mit Sachverstand schildert er Ursachen und mögliche Folgen der Währungsturbulenzen, verständlich und eindringlich entführt er seine Zuhörer in die internationalen Währungsgeheimnisse. Bei der Kreisversammlung der Frauen Union Karlsruhe-Land in Oberhausen referierte Stratthaus, der von 2008 bis 2011 als Mitglied im dreiköpfigen Leitungsausschuss des Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) in der internationalen Finanzkrise die Ge-

schäftsfähigkeit deutscher Banken sicherte, über die Zukunft des Euros und Europas. Nach einem kurzen historischen Abriss, wie es zur Währungsunion kam und warum sie gerade heute noch Sinn mache, legte Stratthaus, der von 1998 bis 2008 Finanzminister in Baden-Württemberg war, die Grundlage für seine Euro-Zukunftsprognosen. Dabei klärte er eindeutig, dass es sich nicht um eine Euro-Währungskrise handle, sondern um eine Staatsschuldenkrise einzelner Staaten im Rahmen der Welt-schuldenkrise. Während Länder wie Japan und die USA stärker verschuldet seien als

die meisten Euroländer, genießen ihre Währungen das Vertrauen der Märkte. Die 17 Euro-Zonen-Staaten hingegen seien zu unterschiedlich, um gleichmäßiges Vertrauen hervorzurufen. Konnten schwächere Staaten ihre Wettbewerbsfähigkeit früher durch das Auf- und Abwerten der Landeswährung steuern, ist dies seit der Einheitswährung nicht mehr möglich. Zudem hätten Wirtschaftsmächte wie Deutschland und Frankreich selbst wichtige Maastrichkriterien – wie die Neuverschuldung unter drei Prozent – nicht eingehalten und somit zur heutigen Krise beigetragen. Dennoch könnte die

Euro-Zone ein Auscheiden Griechenlands vermutlich verkraften, ohne dass die gesamte Währungsunion auseinander bräche. Letzteres Szenario hätte „schlimmste politische und wirtschaftliche Folgen“. „Die Eurozone braucht eine abgestimmte Finanz- und Wirtschaftspolitik“ und man müsse „sich im Klaren sein, dass Festlegungen langfristig eingehalten werden müssen“. Eine weitere Möglichkeit aus der Krise zu gelangen, wäre die „Transferunion“, bei der die starken Staaten die Schwächeren im Sinne des Länderfinanzausgleiches auf Dauer stützen. Dies sei jedoch



Fortsetzung KA Land

politisch nicht durchsetzbar, ebenso wenig wie „die Vergemeinschaftung der Schulden durch sogenannte Eurobonds“. Eine Sanierung der Krisenländer mit der Wiederherstellung der Zahlungs- und Kreditfähigkeit durch Maßnahmen wie Garantieschirme, Schuldenbremsen und Privatisierungen von staatlichem Eigentum wäre nötig. „Ich glaube nicht, dass Griechenland in zwei Jahren noch in der Euro-Zone ist“, prophezeit Stratthaus. Grund sei vor allem die Reformunwilligkeit, die aus Athen gemeldet wird. Auch nach dem Schuldenschnitt seien keine Anstrengungen erkennbar, und diese seien Voraussetzung für weitere Kredite und Finanzhilfen für das angeschlagene Land. So könne auch keine Wettbewerbsfähigkeit hergestellt werden, der Export läge weiterhin am Boden und das Land wäre auf Grund der teuren Verhältnisse auch touristisch nicht attraktiv. Man müsse aber auch nicht mit Gewalt jedes kleine Land in der

Eurozone halten. Deutschland habe vor einem Jahrzehnt vor ähnlichen Problemen gestanden und mit der Agenda 2010 richtig gehandelt. Stratthaus ist überzeugt, dass Irland und Italien diese nötigen Anstrengungen durchziehen werden. Er hoffe auch, dass Spanien und Portugal es schaffen. „Europa ist aber trotzdem viel mehr als nur der Euro“, erinnert Gerhard Stratthaus. „Wir sind heute von Freunden umzingelt und Deutschland spielt eine besondere Rolle in Europa. Die Zukunft muss Europa sein!“ Dass das Thema brisant ist, zeigten die vielen Fragen der Zuhörer, auf die Stratthaus mit großer Deutlichkeit und prägnanten Beispielen einging. Kreisvorsitzende Hedwig Prinz sowie FU-Ortsvorsitzende Tatjana Lindemann dankten ihm und den vielen Besuchern, darunter auch Bundestagsabgeordneter Olav Gutting und die Bürgermeister Sven Weigt aus Karlsdorf-Neuthard und Stefan Martus aus Philippsburg.

Frauen Union Mannheim auf dem Maimarkt

Seit im Jahre 1613 die Marktrechte an Mannheim verliehen wurden, findet alljährlich zwischenzeitlich größte regionale Verbrauchermesse Deutschlands mit jährlich fast 350.000 Besuchern. So wichtig ist der Maimarkt für Mannheim und die Region, dass er mit dem „Maimarktdienstag“ einen eigenen „Feiertag“ erhalten hat, an dem die Mannheimerin und der Mannheimer gern die letzten Stunden der Regionalmesse vor Ort genießen. Neben der traditionellen Standbesetzung des CDU Standes am Donnerstag hatte sich die Frauen Union dieses Jahr etwas Besonderes einfallen lassen: einen Rundgang zum Thema „Frau und Beruf“.

Mit der Bundeswehr und der Polizei wurden gleich zwei Arbeitgeber besucht, die in besonderer Weise um Frauen werben müssen, da die angebotenen Berufe in unserer Gesellschaft doch als eher männlich gelten. Besonders eindrucksvoll war das Gespräch mit einer Sol-

datin über ihren Einsatz in Afghanistan.

Bei der Handwerkskammer erhielten die Besucherinnen einen Einblick in die Möglichkeiten handwerklicher Ausbildungsberufe für Frauen. Bei der Agentur für Arbeit wurde besonders das Augenmerk auf den Wiedereinstieg der Frauen nach der Elternzeit gerichtet. Ein Gespräch mit IHK-Vizepräsidentin Barbara Waldkirch am Stand des gleichnamigen Verlages und eine Lesung aus dem neusten Mannheimer Krimi „Kohlemord“ rundeten den Besuch ab. Dabei konnte Prosecco, Kaffee und Mineralwasser genossen werden.

Zurück am Stand konnten sich die Damen der Frauen Union über hohen Besuch freuen. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dirk Niebel (FDP) machte seine Aufwartung.

Bildungspolitik: Gerhard Stratthaus und Georg Wacker zu Gast bei der FU Rhein-Neckar

Der bildungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Georg Wacker, der auf Einladung des Landtagsabgeordneten Gerhard Stratthaus, der FU RNK und des CDU-Gemeindeverbandes in der „Ratsstube“ zu Gast war, analysierte im Vortrag die geplante Schulart der Gemeinschaftsschule.

In diesem Schultyp sollen die Kinder nach der vierten Klasse nicht mehr zwischen Haupt-, Realschule und Gymnasium wählen, sondern bis zur zehnten Klasse gemeinsam unterrichtet werden. An rund 40 Standorten will die grün-rote Landesregierung die neue Schulart zum kommenden Schuljahr einführen. Bei genauerer Betrachtung gebe es aber keinen sachlichen Grund für den im „Hau-Ruck“-Stil vollzogenen radikalen Systemwechsel. Die Schulen in Baden-Württemberg stünden gut da, erklärte Wacker und verwies auf die bundesweit niedrigste Jugendarbeitslosigkeit, die Spitzenergebnisse bei Ländervergleichsstudien und die höchste Abiturientenquote. Nachweise dafür, dass die Gemeinschaftsschule die Qualität verbessere, gebe es nicht. Der Vergleich mit den Bundesländern, in denen es bereits Gemeinschaftsschulen gibt, beweise eher das Gegenteil.

„Mir ist vollkommen un-

klar, wie die Kommunen als Schulträger die hohen Kosten für den Umbau und Neumöblierung der Schulgebäude tragen sollen, denn eine Gemeinschaftsschule hat ganz andere räumliche Voraussetzungen, weil sie generell Ganztagschule ist und nicht mehr in Klassen, sondern in Lerngruppen unterrichtet wird. Im Augenblick haben wir doch noch den Ausbau der Kleinkindbetreuung zu schultern“, äußerte die CDU-Vorsitzende Eva Gredel ihre Bedenken. „Es gibt überhaupt keine Lehrer, die für einen Unterricht an der Gemeinschaftsschule ausgebildet sind. Das ist doch ein riesiger Unterschied, mit einer so heterogen zusammengesetzten Schülergruppe zu arbeiten“, sprach Valerie Berhalter ein wesentliches Problem an. Bernhard Gantner, Schulleiter der Marion-Dönhoff-Realschule, erinnerte an die vor einigen Jahren geführten Gespräche über ein Verbundschulmodell, bei dem die Haupt- und Realschüler in der fünften und sechsten Klasse in Brühl gemeinsam in der Schillerschule, in Ketsch gemeinsam in der Neurottschule und erst ab Klasse sieben aus beiden Gemeinden zusammen in der Marion-Dönhoff-Realschule unterrichtet werden könnten: „Die Schüler vor Ort lassen bis zur Klasse sechs, fände ich ideal“.

Diese Idee sei am Widerstand des Schulentages gescheitert. Georg Wacker entgegnete, der Modellversuch „Koope-ration Hauptschule und Realschule in den Jahrgangsstufen fünf und sechs“, sei noch von der alten Landesregierung gestartet worden und werde im September vom Landesinstitut für Schulentwicklung ausgewertet. Sollte es zu einem positiven Ergebnis kommen, empfahl er, die neue Landesregierung

beim Wort zu nehmen und erinnerte an deren Versprechen „Schulentwicklung von unten - also aus den Kommunen heraus - zu betreiben“. „Im Brühler Gemeinderat gab es damals schon einen einstimmigen Beschluss, über ein Verbundschulmodell nachzudenken“, rief Gemeinderat Michael Till ins Gedächtnis und zeigte sich dankbar für den Hinweis: „Wir sollten uns die Auswertung des Modellversuchs auf jeden Fall genau anschauen“.



Ihre Ansprechpartnerinnen in den Kreisverbänden

Baden-Baden:

Beate Wirth, beate-wirth@t-online.de

Calw:

Heike Gäbler, heike.gaebler@t-online.de

Freudenstadt:

Gabriele Reich, holz-reich@freenet.de

Heidelberg:

Kristina Essig; kristina.essig@t-online.de

Karlsruhe-Land:

Hedwig Prinz, hedwig.prinz@web.de

Karlsruhe-Stadt:

Ursula Weber, u.weber@elektro-singer.de

Mannheim:

Gabriele Fleck,
gabriele.fleck-dressler@t-online.de

Neckar-Odenwald-Kreis:

Margaret Horb, r.m.horb@gmx.de

Pforzheim/Enzkreis:

Dr. Marianne Engeser MdL
marianne-engesser@web.de

Rastatt:

Doris Oesterle
Doris.Oesterle@kopp-oesterle.de

Rhein-Neckar:

Petra Welle, welle-petra@t-online.de

Klausurfahrt der FU RNK nach Baden-Baden

Baden-Baden mit seiner einzigartigen Innenstadt war das Ziel der diesjährigen Klausurfahrt der FU RNK: Im Wechsel mit der traditionellen Kreisversammlung stand in diesem Jahr eine Klausurfahrt auf dem Programm des Kreisverbandes. Die Organisatorinnen Marianne Leunig, Brigitte Gutfleisch sowie Ute Hoffmann ermöglichten der Reisegruppe dabei neben einer vielfältigen und interessanten Stadtbesichtigung auch den politischen Austausch mit dem freundschaftlich verbundenen Kreisverband der FU Baden-Baden. Bei strahlendem

Sonnenschein hieß die stellvertretende Vorsitzende des Kreisverbandes Baden-Baden, Heidrun Withum, die Damen zum ersten Programmpunkt, einem ausführlichen einhalbstündigen Stadtrundgang, herzlich willkommen. „Wir haben alle markanten Sehenswürdigkeiten gesehen, darunter das Theater, das Museum Frieder Burda, die Staatliche Kunsthalle sowie die Caracalla-Therme und vieles mehr“, berichtet Marianne Leunig. Nach all diesen wunderbaren Eindrücken brachte der ICE die Damen wieder zurück in den Rhein-Neckar-Kreis.



Gerne nimmt Internetreferentin Rebekka Schmitt-Illert Termine aus den Kreisverbänden für die Homepage entgegen!

Impressum:

Herausgeber: Frauen Union Nordbaden

Verantwortliche: Eva Gredel

Autorinnen: Kreisvorsitzende und Kreispressereferentinnen